

Wer regiert Deutschland: Merkel oder Ackermann?

Die Proteste gegen die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und gegen »Stuttgart 21« zeigen: Die Menschen haben die Kungeleien zwischen Parteien und Wirtschaftsunternehmen satt!

Unter dem Motto »Ausstieg aus der Atomenergie« haben SPD und Grüne mit der Atom-Lobby einen Vertrag ausgehandelt, der vor allem eines garantiert: Den von Protesten ungestörten Betrieb der Atomkraftwerke für weitere 20 Jahre. Kaum hatten CDU/CSU und FDP die Regierung übernommen, traf sich Kanzlerin Merkel mit der Atomlobby. Das Ergebnis: Die Atomkraftwerke laufen noch länger, die Energie-Konzerne dürfen weiterhin täglich pro AKW eine Million Gewinn machen – zu Lasten des Allgemeinwohls.

In Stuttgart will die Deutsche Bahn AG 11 Milliarden Euro (dazu kommen noch Kosten für den Streckenausbau) buchstäblich vergraben. Vorausgegangen waren jahrzehntelange Kungeleien hinter verschlossenen Türen zwischen Deutscher Bahn und Parteien. Dass die Bahn AG dem Bund gehört, spielt dabei keine Rolle: Sie soll »fit gemacht werden« für den Börsengang, so das neoliberale Credo der herrschenden Politik.

Motor der Proteste ist der Ärger über immer offenere und dreistere Kungeleien mit der Wirtschaft. Selbst Geschäfte »Partei-Spenden gegen Steuergeschenke«, wie bei der Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbesitzer gegen Spenden an die FDP, werden ganz offen ausgedeutet.

Die Belohnung folgt auf den Fuß: Führt der Spitzenlobbyismus in Staatsämtern zur Abwahl, gibt es luk-



Foto: Iosif Szasz-Fabian – Fotolia

rativen Posten in der Wirtschaft: Gerhard Schröder bei Gasпром, Joseph Fischer bei RWE und BMW – Angela Merkel und Guido Westerwelle werden ihnen nachfolgen.

Auf der Strecke bleibt die Demokratie

■ Wenn Ackermann in seinem Glasturm in Frankfurt hustet, erbt in Berlin das Kanzleramt. Gewählte Politikerinnen und Politiker handeln ganz offen und ungeniert im Interesse von Wirtschaftsunternehmen. Noch schlimmer: Sie finden das ganz normal.

■ Selbst Unternehmen in öffentlichem Eigentum, wie die Deutsche Bahn, werden wie Privatunternehmen geführt. Maßgeblich ist nicht das soziale Gebot, den Menschen in der Fläche Mobilität zu garantieren, sondern der maximale Profit.

■ Die neoliberalen Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne sind dabei, das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie vollständig zu zerstören.

Auf der Strecke bleibt auch das Allgemeinwohl

■ Die Steuergeschenke an Unternehmen – die Hotelbesitzer sind ja nur die Spitze des Eisbergs – fehlen beim Elterngeld für Kinder aus Hartz-IV-Familien, bei Heizkostenzuschüssen für Wohngeldbezieher(innen) oder den Rentenbeiträgen für Langzeitarbeitslose. All das – und vieles mehr – wird gestrichen.

■ Die 11 Milliarden für »Stuttgart 21« fehlen für die Instandhaltung und den Betrieb von Strecken in ländlichen Gebieten und den Erhalt von kleinen Bahnhöfen.

■ Der Atom-Deal verlängert die Gefahr eines atomaren Supergaus, zwingt vielen noch ungeborenen Generationen die Verantwortung für Unmengen Atommüll auf und verhindert Investitionen in erneuerbare Energien.

Was dagegen hilft? – Radikale Demokratie in allen Bereichen, auch und gerade in der Wirtschaft

■ Wir brauchen mehr direkte Demokratie, um Politikerinnen und Politiker auch nach der Wahl im Zaum zu halten: Wichtige Entscheidungen in Bund, Land und Gemeinde müssen per Volksabstimmung getroffen werden. Das gilt für große Infrastrukturprojekte wie »Stuttgart 21«, aber auch für Richtungsentscheidungen zum Beispiel in der Sozial-, Wirtschafts- und Energiepolitik!

■ Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie beispielsweise die Deutsche Bahn, müssen strikt nach sozialen Kriterien geführt werden. Pri-

DIE LINKE.

LANDESVERBAND HESSEN

www.die-linke-hessen.de

vatisierte Unternehmen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Krankenhäuser, müssen rekommuniziert werden.

■ Staatliche Hilfen für private Unternehmen darf es nur noch gegen Staatsanteile und demokratische Kontrolle geben. Großbanken müssen verstaatlicht werden.

■ Demokratie darf nicht länger am Werkstor enden. Betriebsräte und Belegschaften brauchen ein Mitbestimmungsrecht auch in unternehmerischen Entscheidungen: Sie haben ein Interesse an langfristigen Erhalt ihrer Arbeitsplätze, das macht sie verantwortungsbewusst.

■ Spenden aus der Wirtschaft an Parteien müssen verboten werden. Wirtschaftslobbyisten erhalten keinen Zutritt mehr zum Deutschen Bundestag. Der Wechsel aus hohen Staatsämtern in die Wirtschaft muss verboten werden.

■ Sämtliche Steuergeschenke an Unternehmen, Vermögende, reiche Erben und Spitzenverdiener müssen rückgängig gemacht werden. Hätten wir noch die Steuereinnahmen von 1998, würden Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr 51 Milliarden Euro mehr einnehmen: Genug Geld für soziale Gerechtigkeit.

DIE LINKE garantiert: Wir bekommen keine Großspenden aus der Wirtschaft. Und das wird auch so bleiben!

Wir bitten Sie: Nehmen Sie Ihre Interessen wahr! Protestieren Sie mit uns gemeinsam gegen die Laufzeitverlängerung für AKWs, gegen »Stuttgart 21«, gegen das Kürzungspaket, die Gesundheitsreform und die »Rente erst ab 67«.